

Bahnlärm: Aktion gefordert

Politik Neuser fragt an

■ **Mainz/Wiesbaden.** Auf Initiative der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen hat der Deutsche Bundesrat eine Entschließung gegen Bahnlärm verabschiedet. Der rheinland-pfälzische Europa-Abgeordnete Norbert Neuser (SPD) und der hessische Europa-Abgeordnete Udo Bullmann, Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten im Europaparlament, haben die Entschließung jetzt zum Anlass genommen, eine schriftliche Anfrage an die EU-Kommission zu stellen.

„In der Entschließung des Deutschen Bundesrates wird die EU-Kommission aufgefordert, europaweit für ältere Güterzüge ähnliche Lärmgrenzwerte einzuführen, wie sie schon für neue Güterwaggons gelten. Diese Entschließung wird von uns natürlich unterstützt, und wir haben in diesem Zusammenhang noch weitere Fragen an die EU-Kommission gestellt“, so Norbert Neuser und Udo Bullmann.

Neben der Frage, ob die EU-Kommission die Einführung ähnlicher Lärmgrenzwerte für ältere Güterwagen, wie sie bereits für neue Güterwagen gelten, plant, möchten die Abgeordneten wissen, ob die vor Kurzem europaweit zugelassene LL-Bremssohle die Einführung von Lärmgrenzwerten für ältere Güterwagen beschleunigen kann und ab wann mit konkreten Lärmgrenzwerten für diese alten Güterwagen zu rechnen ist. Daneben wird auch gefragt, ob ein europaweites lärmabhängiges Preissystem, das entscheidende Anreize zur Umrüstung setzen kann, geplant ist. Und schließlich geht es noch um die Frage, ob die EU-Kommission bereit ist, zur Umrüstung der Güterwagen auf leise Bremssysteme entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen.

„Den von Bahnlärm geplagten Menschen insbesondere im Mittelrheintal muss nachhaltig bei der Lärmbekämpfung durch laute Güterzüge geholfen werden. Die Menschen brauchen keine weiteren Machbarkeitsstudien, sondern konkrete Umsetzungen des Machbaren, und dies in einem angemessenen Zeitrahmen. Bei einer zügigen Umrüstung der lauten Güterwagen mit der viel leiseren LL-Bremssohle, verbunden mit der konkreten Einführung von Lärmgrenzwerten an bestehenden Schienentrassen, könnte der Bevölkerung relativ schnell geholfen werden“, sagen Bullmann und